

# **Piratiges Grundeinkommen**

Die Piratenpartei Deutschland möchte jedem Einwohner bedingungslos das Recht auf sichere Existenz und eine gesellschaftliche Teilhabe gewähren. Die Umsetzung dieser Zielsetzung lässt sich auf verschiedene Wege erreichen. Wir schlagen den Weg eines bedingungslosen Grundeinkommens vor, der mit dem hier vorgelegten Konzept ermöglicht werden könnte. Wir werden uns jedoch auch anderen Wegen nicht verschließen, sofern sich damit das angestrebte Ziel erreichen lässt und die Vorteile gegenüber dem hier vorgelegten Konzept überwiegen.

## **Die derzeitige Situation**

Der Sozialstaat herkömmlicher Prägung ist ausgelegt auf Vollbeschäftigung – eine Voraussetzung, die zunehmend weniger gegeben ist: Die zunehmende Mechanisierung sowie die wirtschaftliche Globalisierung setzen insbesondere im Bereich der Geringqualifizierten den Arbeitsmarkt unter Druck und machen eine lebenslange Erwerbsbiographie zunehmend zur Ausnahme.

Der Versuch der Agenda 2010, mittels Flexibilisierung und besserer Vermittlung den Arbeitsmarkt zu entlasten, hat nur in den Branchen und Regionen Erfolge gezeigt, in denen offene Stellen vorhanden gewesen sind. Zum überwiegenden Teil führt derzeit jedoch jeder Vermittlungserfolg zur Arbeitslosigkeit einer anderen Person – schon aus ökonomischer Sicht muss die Agenda 2010 mit ihren so genannten Hartz-Reformen als insgesamt gescheitert betrachtet werden, die selbst gesteckten Ziele wurden ohnehin weit verfehlt. Neben dem ökonomischen Scheitern hat die Agenda 2010 auch zu einer zunehmenden Entwürdigung der Betroffenen geführt, die für uns Piraten nicht hinnehmbar ist.

Die Steuer- und Sozialsysteme in Deutschland sind darüber hinaus auch geprägt vom Versuch, durch detaillierte Regulierung Einzelfallgerechtigkeit herzustellen. Dies hat die Systeme so kompliziert gemacht, dass sie inzwischen weder von der Verwaltung noch von den Betroffenen noch von der Justiz vollumfänglich verstanden werden – gleichzeitig ist nicht festzustellen, dass man dem Ziel der Einzelfallgerechtigkeit auch nur näher gekommen ist.

Die derzeitigen Steuer- und Sozialsysteme sind darüber hinaus auch familienfeindlich: Die Leistungen, die durch die Erziehung von Kindern für die Aufrechterhaltung insbesondere der Rentenversicherung geleistet werden, werden von der Politik schlanker Hand vergesellschaftet, ohne dass die Erbringer dieser Leistungen angemessen entschädigt werden. Die demographische Situation ist eine direkte Folge dieser Politik.

## **Der piratige Ansatz**

Wir halten die derzeitigen Steuer- und Sozialsysteme für zu kompliziert, als dass man sie noch reformieren könnte, sie müssen neu gedacht und von Grund auf neu konzipiert werden. Dabei muss nicht alles verworfen werden, Elemente wie eine umlagenfinanzierte Rente haben sich als ausgesprochen krisenresistent erwiesen und sollen – in leicht angepasster Form – fortgeführt werden.

Der Bürger ist den einzelnen Steuer- und Sozialsystemen gleichzeitig ausgesetzt, also müssen sie als eine Einheit gedacht werden, sie müssen von der Brutto-Netto-Kurve aus entworfen werden, es ist nicht das einzelne System isoliert zu betrachten, sondern die Gesamtwirkung.

## **Bedingungsloses Grundeinkommen**

In der politischen Diskussion wird vermehrt ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) gefordert: Jedem Bürger soll – unabhängig von Alter, Einkommen oder Arbeitsbereitschaft – monatlich ein Betrag in Existenz sichernder Höhe ausgezahlt werden. Verbunden sind solche Konzepte häufig mit dem Versprechen, dass damit jeder ein Leben in bescheidenem Wohlstand führen könne, ohne dafür arbeiten zu müssen – Erwerbsarbeit würde zu einer Art Hobby, der man nachgehen könne, oder eben auch nicht.

So sympathisch eine solche Forderung auch sein mag, sie lässt sich aktuell noch nicht realisieren. Die einzelnen Staaten konkurrieren – gerade in einem gemeinsamen Binnenmarkt – auch über die Steuersätze, so dass nicht jedes Modell in die Praxis umsetzbar ist, das sich auf dem Papier rechnet. Zudem verschweigen etliche Modelle ihre Auswirkungen auf die Geldwertstabilität – nominell hohe Grundeinkommen sind Augenwischerei, wenn eine entsprechende Kaufkraft nicht gegeben ist. Die von uns geforderte Ehrlichkeit gegenüber dem Wähler verbietet es uns hier, Versprechungen zu machen, die wir nicht halten können.

Allerdings ist derzeit bereits eine Systemumstellung möglich: Ein Grundeinkommen, das an jedem und ohne Prüfung der Bedürftigkeit ausgezahlt wird, aber nicht Existenz sichernd ist, in Kombination mit einem Wohngeld, das geringe Einkommen bis hin zu einem Existenz sicherndem Niveau aufstockt, ermöglichen den Einstieg in einem solches Grundeinkommen und erlauben eine deutliche Vereinfachung der Steuer- und Sozialsysteme. In dem Maße, in dem sich wirtschaftliche Spielräume eröffnen, kann dann dieses Modell hin zu einem voll Existenz sichernden Grundeinkommen weiterentwickelt werden. Eine solche Weiterentwicklung bedarf dann keiner Systemumstellung mehr, sondern lediglich der schrittweisen Anpassung weniger Parameter.

Das im Folgenden vorgestellte Konzept ist als Gesamtkonzept zu betrachten. Es ist nicht dafür geeignet, einzelne Komponenten losgelöst von diesem Gesamtkonzept umzusetzen. Die im Folgenden genannten Zahlen beruhen auf dem Berechnungsjahr 2009 und sind laufend der Geldwertentwicklung anzupassen.

## **Das Grundeinkommen und das Wohngeld**

Unser Konzept sieht ein Grundeinkommen von 400,- Euro pro Person und Monat vor, das an alle Einwohner auszuzahlen ist, auch an Kinder, und nicht zu versteuern ist. Das Grundeinkommen soll nicht an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt sein, der Kreis der Berechtigten ist aber so abzugrenzen, dass kein „Grundeinkommenstourismus“ in signifikantem Umfang entsteht.

Dieses Grundeinkommen soll die folgenden Sozialleistungen ersetzen, die dann ersatzlos wegfallen:

- Kindergeld
- Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG2 und Sozialgeld)
- Ausbildungsförderung
- Erziehungs- und Elterngeld

Zusätzlich soll bei Nachweis einer entsprechenden Bedürftigkeit ein Zuschuss zu den Wohnkosten (Mieten, Nebenkosten, Heizkosten) gezahlt werden. Der Nachweis der Bedürftigkeit soll einfach und datensparsam erfolgen.

Die Höhe des Zuschusses soll sich am örtlichen Mietniveau orientieren, aber nicht an einen konkreten Mietvertrag gekoppelt sein, damit ein Anreiz entsteht, bescheiden zu wirtschaften (und

damit auch den Wohnungsmarkt zu entlasten) und sich Energie sparend zu verhalten. Zudem vertreten wir den liberalen Ansatz, es der Entscheidung des einzelnen Leistungsempfängers zu überlassen, bescheidener zu wohnen und die gesparten Mittel anderweitig zu verwenden – Bevormundung der Leistungsempfänger bezüglich der Mittelverwendung ist nicht unser Ansatz.

Wir rechnen mit einem Finanzierungsvolumen von etwa 30 Mrd Euro, das würde 9,8 Millionen Leistungsempfänger entsprechen (doppelte Zahl der ALG2- und Sozialgeld-Bezieher 2009), die mit durchschnittlich 250,- Euro im Monat bezuschusst werden, wobei Einpersonenhaushalte etwas stärker und Mehrpersonenhaushalte im Schnitt etwas geringer zu bezuschussen sind. Eigenes Erwerbseinkommen ist nur in dem Maße gegen zu rechnen, der beim Leistungsempfänger einen Arbeitsanreiz belässt.

## **Umstellung des Steuersystems auf eine Flat Tax**

Wir wollen zur Finanzierung dieses Systems einen einheitlichen Steuersatz („Flat Tax“) auf alle Einkommen von nominell 45%. Diese Steuer ersetzt die bisherige Einkommenssteuer, die Körperschaftssteuer und die Gewerbesteuer.

Bei einer Besteuerung von real 43% (durch Effekte wie Steuerhinterziehung geringer als der nominelle Steuersatz) und einem Volkseinkommen von 1791 Mrd Euro ist mit einem Steueraufkommen von 770 Mrd Euro zu rechnen, abzüglich des bisherigen Steueraufkommens aus Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer ergeben sich Mehreinnahmen von 544 Mrd Euro.

Diese Mehreinnahmen resultieren vor allem daraus, dass das Steuersystem nun nominell keinen Grundfreibetrag und keine Progression mehr kennt. Diese werden durch das Grundeinkommen ersetzt, über das 399 Mrd Euro ausgeschüttet werden. In Kombination von Grundeinkommen und Flat Tax ergibt sich im Endeffekt ein progressiver Verlauf, auch wenn in den einzelnen Komponenten eine solche Progression nicht enthalten ist.

Der Verzicht auf eine Progression in der nominalen Besteuerung führt dazu, dass das Steuersystem massiv vereinfacht und entschlackt werden kann. Die Steuern können mehrheitlich direkt an der Quelle erhoben werden, die weit überwiegende Zahl der Einkommensempfänger braucht dann überhaupt nicht mehr veranlagt werden.

Im Rahmen dieser Umstellung soll auch die Gewerbesteuer entfallen, die Gewerbebetriebe zahlen dann eine Flat Tax, deren Steuersatz über der heutigen Körperschaftssteuer liegt. Die Gewerbesteuer ist ohnehin eine deutsche Besonderheit, die es in den meisten anderen Ländern so nicht gibt, ihre Abschaffung ist somit ein Beitrag zur Steuerharmonisierung. Die einzelnen Gemeinden – die bisherigen Empfänger der Gewerbesteuer – sind mittels Direktzuweisungen entsprechend der Einwohnerzahl aus dem Aufkommen der Flat Tax zu alimentieren. Damit würde die finanzielle Ausstattung der einzelnen Kommunen gleichmäßiger, zudem würde auch der unsägliche Subventionswettbewerb zur Ansiedlung von Gewerbesteuerzahlern entfallen.

Unser Konzept sieht darüber hinaus vor, die Umsatzsteuer („Mehrwertsteuer“) auf glatte 20% anzuheben. Motivation ist hier weniger die Erzielung zusätzlicher Einnahmen, sondern ein glatter Steuersatz, der insbesondere Kleingewerbetreibende die Kalkulation erleichtert. Zudem kann darüber nachgedacht werden, die ermäßigten Steuersätze abzuschaffen und die Mehreinnahmen über ein höheres Grundeinkommen wieder an die Bürger aus zu schütten. Für den Fiskus und den durchschnittlichen Verbraucher wäre eine solche Maßnahme ein Nullsummenspiel, würde aber die Berechnung und Erhebung der Umsatzsteuer deutlich vereinfachen. Eine solche Maßnahme ist jedoch nicht Bestandteil dieses Konzeptes.

## Die Zukunft der Sozialversicherungen

Die Rentenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die Unfallversicherung sollen wie gehabt weitergeführt werden, wobei die Beiträge zu Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung paritätisch von Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden sollen.

Die Weiterführung der Rentenversicherung wird bereits dadurch erzwungen, dass frühere Beitragszahler Leistungsansprüche erworben haben, die eigentlich nur durch eine Weiterführung des Systems bezahlt werden können. Durch das Grundeinkommen würden Bezieher geringer Renten finanziell besser gestellt, dies liegt durchaus auch in der Absicht der Piratenpartei Deutschland.

Die Weiterführung der Arbeitslosenversicherung halten wir grundsätzlich für sinnvoll, da insbesondere Instrumente wie Kurzarbeitergeld oder Konkursausfallgeld soziale Härten durch konjunkturelle Extremsituationen abfedern können. Die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit sind jedoch daraufhin zu prüfen, ob dafür nach der Einführung eines Grundeinkommens noch ein Erfordernis besteht.

Die Krankenversicherung wollen wir auf ein steuerfinanziertes Gesundheitssystem umstellen. Wir Piraten sind nicht generell gegen wirtschaftlichen Wettbewerb, aber der Wettbewerb zwischen Krankenkassen, deren Ein- und Ausgaben näherungsweise vollständig durch das Gesetz vorgeschrieben sind, kann nicht sinnvoll funktionieren. Statt dessen entstand – erwartbar – ein Wettbewerb um die „guten Risiken“, und die Notwendigkeit, dies durch einen Risikostrukturausgleich zu kompensieren. Wir wollen dieses absurde Theater, das zunehmend auch auf dem Rücken der Patienten ausgetragen wird, baldmöglichst beenden. Medizinische Versorgung wird nicht dadurch besser, dass ihre Bezahlung komplizierter wird. Die bisherigen Einnahmen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen (160 Mrd Euro und 31 Mrd Euro) sind somit über den Staatshaushalt zu finanzieren.

## Finanzielle Gesamtrechnung

Die hier skizzierten Vorschläge führen zu folgenden finanziellen Veränderungen bei den öffentlichen Haushalten (interne Verschiebungen bleiben unberücksichtigt):

### Einnahmen und Mindesausgaben

|   |              |
|---|--------------|
| Mehreinnahmen durch die Flat Tax                          | 544 Mrd Euro |
| Mehreinnahmen durch MWSt-Satz 20%                         | 9 Mrd Euro   |
| Wegfall bisheriger Sozialleistungen (Kindergeld, ALG2...) | 85 Mrd Euro  |
| Summe der Einnahmen und Mindesausgaben                    | 638 Mrd Euro |

### Ausgaben

|                                      |              |
|--------------------------------------|--------------|
| Grundeinkommen                       | 399 Mrd Euro |
| Steuerfinanziertes Gesundheitssystem | 191 Mrd Euro |
| Wohngeld neu                         | 30 Mrd Euro  |
| Summe der Ausgaben                   | 620 Mrd Euro |

Unter der Annahme, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenparameter durch die Einführung des piratigen Grundeinkommens nicht wesentlich verschieben, ergibt sich ein Deckungsüberschuss von 18 Mrd Euro.

Durch die Einführung eines Grundeinkommens verringert sich der Druck auf bisherige Arbeitslose,

einer Erwerbsarbeit nachzugehen, im Gegenzug nimmt der Arbeitsanreiz zu, da das Erwirtschaftete nicht mehr in erheblichem Maße auf den Leistungsbezug angerechnet wird. Wir gehen davon aus, dass sich diese Effekte näherungsweise kompensieren.

Zudem wird durch die Umstellung auf ein steuerfinanziertes Gesundheitssystem die menschliche Arbeitskraft deutlich von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet. Dieser Effekt müsste zu Mehrbeschäftigung führen und darüber über höhere Steuereinnahmen. Sollten sich solche Mehreinnahmen tatsächlich realisieren lassen, so sind sie jeweils hälftig für eine Erhöhung des Grundeinkommens und zum Abbau der Staatsverschuldung zu verwenden.

Sollten sich unsere Annahmen also zu optimistisch herausstellen, so kann durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, einer moderaten Absenkung des Grundeinkommens und/oder einer leichten Erhöhung der Flat Tax auch eine größere Deckungslücke geschlossen werden.

## **Umsetzungszeitraum**

Dieses Konzept kennt keine Voraussetzungen, die noch nicht erfüllt sind. Durch Steuersätze, die sich am status quo orientieren, kann ein solches Konzept auch im nationalen Rahmen eingeführt werden, es muss nicht auf die anderen Staaten im gemeinsamen Binnenmarkt gewartet werden. Die Höhe des Grundeinkommens macht größere Verwerfungen am Arbeitsmarkt unwahrscheinlich.

Somit hängt die Umsetzung dieses Konzeptes alleine am politischen Willen. Sobald dieser vorhanden ist, kann zum nächsten Jahreswechsel umgesetzt werden.